Ä1 Projektwochenende Verteidigungspolitik – Jusos entwickeln Perspektiven.

Antragsteller*in: Jusos Altenburger Land, Jusos Gera, Jusos Greiz
Beschlussdatum: 09.10.2025

Titel

Ändern in:
Gegen Boomer-Schnellschüsse – Jusos an die Diskursfront! (Verteidigungspolitk)

Änderungsantrag zu P1

Die Jusos Thüringen fordern die Jusos auf Bundesebene auf, eine tragfähige Position zum Thema Verteidiungspolitik zu entwickeln, welche sich mit den rasanten sicherheits- und verteidigungspolitischen Veränderungen der letzten Jahre beschäftigt und als Jugendverband einen klaren Blick auf ein immer präsenteres Thema für unsere Generation gibt. Als Jusos können wir uns zurzeit auf zwei Positionierungen beziehen, welche reflektiert und auf den aktuellen Stand gebracht werden müssen: Der INI 01 „Zeitenwende aber Richtig“ vom Bundeskongress 2022, in dem die aktuelle Ausrichtung der Jusos nach Beginn des Ukraine-Krieges umrissen wird und der W4 „Zwangsdienste abschaffen und Freiwilligendienste ausbauen!“ vom Bundeskongress 2010, als die Jusos sich zuletzt zur Abschaffung der Wehrpflicht positionierten. Hierbei müssen aus unserer Sicht – unter dem Gesichtspunkt der von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius angekündigten Kriegstüchtigkeit 2029 – zu folgende Themen Stellung bezogen werden: Der aktuelle Diskurs zum **Aufbau einer Reserve** – also um den freiwilligen Wehrdienst, das schwedische Modell und Wehrpflicht – muss auf den Prüfstand, um eine Position zu erarbeiten. Reflektieren wir die aktuelle Regelung, nach der für freiwillig Wehrdienstleistende, trotz Kündigung, eine Dienstpflicht für 6 Wochen besteht. Es braucht Ideen, mit denen falsche Erwartungen an das Ableisten eines Dienstes reduziert werden – wie wäre es denn mit einem mehrtägigen Schnupperdienst? Ist die Altersgrenze von 18 Jahren zeitgemäß, wenn doch die meisten unter 32 nicht mehr von der Wehrpflicht betroffen waren? Und wo wir schon dabei sind: Was ist mit der Wehrgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern? Zum anderen sollten Ideen zum tatsächlichen **Aufwuchs des Personals** der Bundeswehr abgewogen werden, um der aktuellen Tendenz, Personal über längere Vertragslaufzeiten zu binden, eine echte Steigerung der Attraktivität entgegenzusetzen. Außerdem mangelt es uns an einer glaubhaften Positionierung zum ehemaligen **Wehrersatzdienst**, welcher in Konkurrenz zu aktuellen Modellen wie dem Bundesfreiwilligendienst, Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) stehen würde. Doch neben der aktuellen Debatte stehen weiter die bekannten Themen: Mit welchen Maßnahmen kann die **Unterwanderung durch Rechtsextremist:innen** trotz steigender gesellschaftlicher Akzeptanz verhindert werden? Wie können on- und offline Aktivitäten **fremder Nachrichtendienste** in Deutschland bestmöglich unterbunden und behindert werden, ohne dabei die eigene Bevölkerung zu schikanieren? Auch zu **Rüstungsausgaben**,

Koordination mit den europäischen Partner:innen bei Beschaffung und Entwicklung, **Schutz und Ausbau** von kritischer Infrastruktur, Zivil- und Katastrophenschutz, sollten Positionen bei dieser Gelegenheit auf Aktualität überprüft werden.

Antragsbegr\"undung

Der Ukraine-Krieg und die zunehmende Verantwortung, die Deutschland als NATO-Mitglied unter anderem mit der Brigade in Litauen übernimmt, verändern für junge Menschen in Deutschland mehr als für Alte. Plötzlich wird für 2029 die Kriegstüchtigkeit für Deutschland ausgerufen, die Wiedereinführung der Wehrpflicht als reale Möglichkeit diskutiert und ein frühzeitiger Beschluss als Maßnahme bei Versagen der Freiwilligkeit kann nur durch hohen Druck auf dem Bundesparteitag verhindert werden. Die letzte abgestimmte Position, die die Jusos dazu beschlossen haben, ist direkt nach Beginn des Ukraine-Krieges entstanden, zuvor wurde 2010 etwas zum Wehrdienst beschlossen. In den drei Jahren seit Kriegsbeginn hat sich die gesellschaftliche Stimmung massiv verändert. Plötzlich halten diejenigen, die es nicht mehr betrifft, eine Wehrpflicht wieder für angemessen. Während Kriegstüchtigkeit und massive Investitionen ausgerufen werden, werden Betroffene Mal wieder nicht ausreichend gehört. Auch innerhalb der Jusos betrifft die aktuelle Debatte in der Realität nur die Wenigsten – diejenigen, welche unter der Altersgrenze von 18 Jahren sind, wenn die Wehrpflicht in Kraft tritt. Alle anderen könnten sich weiter ohne Zwang freiwillig melden und somit „entspannt zurücklehnen“. Doch genau das dürfen wir als Interessenvertretung für junge Menschen innerhalb der SPD nicht tun. Mit Betroffenen, Expert:innen und unter Berücksichtigung der aktuellen sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklungen sollte ein durchdachtes Konzept erarbeitet werden, welches natürlich in den kommenden Jahren weiter reflektiert werden muss. Mit Trump als US-Präsident nimmt Deutschland innerhalb der NATO eine gewichtigere Rolle ein und der Fokus zentriert sich auf Europa – dies gilt jedoch nicht für die Beschaffung, bei der weiterhin auch US-Unternehmen Großaufträge abräumen. Auch die Abstimmung mit unseren wichtigsten Partnernationen, was die Ausrüstung und Ausbildung an Systemen von Nationen, die im Verteidigungskonzept der NATO gemeinsam in ähnlichen Abschnitten aktiv sind, sollte zunehmend eine Rolle spielen. Die massiven Investitionen in Rüstung bringen Deutschland und die NATO nur weiter, wenn wir in unserem Verständnis als Transitland auch in unser Straßen- und Schienennetz sowie in unsere Häfen und Flughäfen investieren können. Auch unsere zivile Infrastruktur ist keinesfalls ausreichend für einen ernsthaften Bevölkerungsschutz. Der Grad zwischen der von Pistorius geforderten Verteidigungsfähigkeit zur glaubwürdigen Abschreckung und einem von Lobbyinteressen eskalierten und vom Kapitalismus getriebenen Wettrüsten, sollte aus der Perspektive eines pazifistischen Jugendverbandes beleuchtet werden.